

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
Vertreter der Medien und Gäste,

**„Unser Tun dient nicht nur der Stunde, dem Tag oder diesem Jahr. Wir haben die Pflicht, in Generationen zu denken.“**

Mit diesen klugen Worten von Ludwig Erhard möchte ich für den zweiten Doppelhaushalt in der Geschichte unseres Kreises werben und begrüße Sie ganz herzlich zur letzten Kreistags-sitzung des Jahres. Auf unserer Tagesordnung steht die Einbringung des Doppelhaushaltes für die Jahre 2016/2017 – ein umfangreiches Zahlenwerk, das für die weitere Zukunft unse-res Rhein-Kreises Neuss steht. Ich werde mich nur auf einige wichtige Zahlen und Daten be-schränken. Kreiskämmerer Ingolf Graul wird anschließend weitere Eckpunkte nennen.

Da rund 90 Prozent der Gesamtausgaben im Kreishaushalt gesetzlich vorgeschrieben sind und wir positive Erfahrungen mit dem laufenden Doppelhaushalt haben, bringen wir heute erneut einen Doppelhaushalt auf dem Weg. Mit dem Doppelhaushalt haben Städte und Ge-meinden aber auch Zuschussempfänger, Wohlfahrtsverbände, Sportvereine, Kulturtreibende, finanzielle Planungssicherheit. Die Städte und Gemeinden kennen die Obergrenze der Belastung. Die Mitarbeiter der Wohlfahrtsverbände brauchen keine Angst um ihre bezu-schussten Arbeitsplätze zu haben.

Die Kritik einen Doppelhaushalt zu verabschieden, wie sie die Bürgermeister in ihrer Stel-lungnahme formuliert haben, ist deshalb nicht verständlich. Auch der Forderung zur weite-ren Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage kann man nicht zustimmen. Wir haben zurzeit noch eine vergleichsweise günstige Situation bei unseren Städten und Gemeinden, deren Steuerkraft erheblich gewachsen ist. Wenn wir in guten Zeiten mit boomender Wirtschaft und sprudelnden Steuereinnahmen die Ausgleichsrücklage verbrauchen, verpufft diese Ein-malwirkung schnell. In den noch zu erwartenden schwierigeren Zeiten - weil jetzt noch nie-mand genau weiß, wie sich bspw. die Hartz-IV-Kosten unter Berücksichtigung der Flücht-lingsskrise entwickeln werden - würde uns diese Möglichkeit fehlen. Wir haben Ihnen die Stel-lungnahme der Bürgermeister, die erst am Freitag bei uns eingegangen ist, auf den Tisch gelegt und werden diese zusammen auswerten und intensiv beraten. Soviel aber vorab: Falsch ist im übrigen in der Stellungnahme der Bürgermeister die Ausgleichsrücklage sei noch vollständig vorhanden. Von ursprünglich 35,9 Millionen Euro haben wir rund ein Drittel verbraucht. Die Ausgleichsrücklage liegt bei noch 23,3 Millionen Euro.

Im Endeffekt wird durch die Stellungnahme der Bürgermeister unsere Position gestärkt. Die Kreisumlage reicht nicht für die Sozialkosten, d.h. die Städte und Gemeinden sind aus ihrer Sicht bei der derzeitigen Finanzausstattung nicht in der Lage, die Sozialkosten zu stemmen. Das einzige was den Bürgermeistern einfällt, ist daher der weitere Verbrauch von Eigenkapital des Kreises in Form der Ausgleichsrücklage zu fordern.

Meine Damen und Herren,

wir haben bei den Haushaltseinbringungen oft das Wort Herausforderung verwendet. Die alles überlagernde Flüchtlingskrise verleiht diesem Wort eine völlig neue Bedeutung. Der Anstieg der Flüchtlingszahlen hat ein Ausmaß angenommen, das niemand noch vor einem Jahr in dieser Dimension für möglich gehalten hätte. Die damit verbundene Aufgabe bewegt nicht nur alle Ebenen der Politik und des Alltags. Sie kann unsere Gesellschaft verändern.

Die wahre Herausforderung für uns alle wird die Integration all der Menschen mit Bleibeperspektive in unsere Gesellschaft sein, angefangen von der Kleinkindbetreuung über die Schule und Arbeitswelt, aber auch im sonstigen Alltagsleben bei Kultur, Sport, etc. bis hin zu den sicher auch vorhandenen Folgen für unsere sozialen Sicherungssysteme. Fragen, auf die es keine einfachen Antworten und vor allem keine schnellen Lösungen gibt. Fragen, die wir nur in gemeinsamer – nationaler und europäischer - Verantwortung lösen können und vor Ort begleiten können.

Wir haben uns von Anfang an solidarisch an die Seite unserer Kommunen gestellt – auch als es um die Frage ging, eine weitere Notunterkunft für 300 Flüchtlinge zur Entlastung unserer Kommunen in Kreisregie aufzubauen und zu betreiben, weil das Land sich außer Stande sieht, diese Aufgabe zu stemmen. Mit den Bürgermeistern haben wir ein zielführendes Modell abgestimmt, um mehr Ordnung und Koordination in der Flüchtlingsunterbringung zu bringen. So nutzen wir unsere zur Notunterkunft umfunktionierte Turnhalle am BBZ Grevenbroich als zentrale Stelle zur Erstaufnahme von Flüchtlingen. Nach der Registrierung und den notwendigen medizinischen Untersuchungen werden die Flüchtlinge auf die anderen Unterkünfte der Städte und Gemeinden verteilt. Unsere Zentralaufnahme beim Kreis hilft den Städten und Gemeinden, personelle und logistische Ressourcen zu schonen und vereinfacht Abläufe, besonders bei den medizinischen Untersuchungen. 3.500 Flüchtlinge haben seit September unsere eigene Zentralaufnahmestelle durchlaufen. Andere Kreise diskutieren unser Modell zu übernehmen.

Insgesamt haben wir im Rhein-Kreis Neuss die bisherigen Herausforderungen zusammen mit unseren Städten und Gemeinden relativ gut bewältigt und ein erfolgreiches Krisenmanagement bewiesen. Dies ist ein Verdienst vieler. Es ist mir deshalb ein besonderes Anliegen, mich nochmals bei all denjenigen, die sich um die Flüchtlinge kümmern, bei den Hilfsorganisationen und den zahlreichen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, bei der niedergelassenen Ärzteschaft, bei der Bundeswehr, bei den Schulen und Kindergärten, bei Feu-

erwehr, THW, Rettungsdienst und bei unserer Polizei sowie auch bei den Bürgermeistern und ihren Verwaltungen zu bedanken. Sie alle machen in schwierigen Zeiten einen klasse Job.

Bedanken möchte ich mich auch bei meinen eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kreisverwaltung, besonders bei denen unseres Gesundheitsamtes, bei unseren Kreiseinrichtungen, insbesondere hier unserem Kreiskrankenhaus Grevenbroich, bei dem vom Kreisdirektor Dirk Brügge sehr gut geleiteten Krisenstab, unserem Flüchtlingsbeauftragten Benjamin Josephs und seinem Vertreter Jürgen Brings für die gute Arbeit bei der Einrichtung und Versorgung der Flüchtlinge an unserem Kreisberufsbildungszentrum in Grevenbroich. Ich bin stolz auf sie.

Das Thema Flucht und Flüchtlinge wird uns noch sehr lange und sehr intensiv beschäftigen. Bei aller Bedeutung dürfen wir aber die anderen für unsere Zukunft gleichermaßen wichtigen Themen nicht vernachlässigen.

Der Ihnen vorliegende Entwurf für die Haushaltsjahre 2016/2017 fordert wie bisher weitere Selbstdisziplin von Verwaltung und Politik sowie den Willen, die Ausgaben zu begrenzen. Wir leisten uns keinen Schnickschnack, wählen die Investitionen mit Bedacht und gehen den Weg der Entschuldung konsequent weiter - im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger, nicht nur derjenigen, die heute hier leben, sondern auch nachkommender Generationen, der Wirtschaft und unserer Städte und Gemeinden.

Ich hätte mir natürlich gewünscht, einen Haushaltsentwurf ohne Erhöhung der Kreisumlage präsentieren zu können. Vieles ist seit der Bürgermeisterkonferenz im Oktober gesprochen und geschrieben worden, in der Kreiskämmerer Ingolf Graul die Haushaltseckdaten vorgestellt hat.

Wir werden weiter Verbesserungen suchen bis zur Verabschiedung des Haushaltes- auch beim Vollzug!

Statt auf Polemik bei den Haushaltsberatungen setze ich vielmehr auf Adam Riese, also auf die Logik des Rechnens. Ich will deutlich sagen: Die von den Städten und Gemeinden aufzubringende Kreisumlage ist nicht das „Spielgeld“ des Kreises und wird nicht leichtfertig erhoben. Im kreisangehörigen Raum tragen speziell die Kreise - direkt oder indirekt über die Landschaftsumlage - den Löwenanteil der Finanzierung von Lebensrisiken wie Altersarmut, Langzeitarbeitslosigkeit, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit.

Zur bitteren Wahrheit gehört deshalb, dass seit 2013 die von unseren Städte und Gemeinden zu zahlende Kreisumlage nicht einmal mehr die vom Kreis zu zahlenden Aufwendungen für Sozialleistungen inkl. Landschaftsumlage deckt! Die Kreisumlage steigt 2016 im Entwurf auf 265,5 Millionen Euro, während im gleichen Zeitraum die Sozialaufwendungen einschließlich Landschaftsumlage auf 275,36 Millionen steigen. Dies ergibt ein rechnerisches Defizit

von fast 10 Millionen Euro, die der Rhein-Kreis Neuss zu schultern hat. 2017 wird dies noch deutlicher: Die Einnahmen aus der von unseren Städten und Gemeinden zu zahlenden Kreisumlage sinken dann nach unserer Prognose auf 264,4 Millionen Euro während die Sozialaufwendungen die Rekordmarke von 281,27 Millionen erreicht. Das ist ein Defizit von fast 17 Millionen Euro. Wenn die Bürgermeister sich gegen eine Erhöhung der Kreisumlage aussprechen, bringen sie damit auch deutlich zum Ausdruck, dass die kommunale Familie in NRW vom Land unterfinanziert ist. Diese Kritik ist also die, die wir seit Jahren erfolglos Richtung Land richten.

Natürlich habe ich mit Rücksicht auf die Finanzlage unserer Städte und Gemeinden zusammen mit den Dezernenten und Amtsleitern unseren Etat auf weitere Einsparmöglichkeiten hin unter die Lupe genommen und einen Sparkurs verordnet. Viele Budgetwünsche der Ämter wurden entweder gesenkt oder ganz gestrichen, Baumaßnahmen werden zurückgestellt, im Energie- und Kulturbereich sowie in der Öffentlichkeitsarbeit Einsparungen vorgenommen. Das Haushaltsdefizit konnte so bereits um rund 1,2 Millionen Euro gesenkt werden.

Dennoch: Bei gleichem Hebesatz würden 7,5 Millionen Euro an Kreisumlage fehlen, um den Haushalt auszugleichen. Ich habe den Bürgermeistern zugesichert, weitere Einsparpotenziale bis zur Verabschiedung im März kommenden Jahres zu prüfen und eventuell eintretende Verbesserungen in die Veränderungsliste zur Senkung des Haushaltsdefizits einzusetzen. Sollten sich rechnerische Verbesserungen ergeben, würden diese natürlich zur Senkung der Kreisumlage genutzt.

Meine Damen und Herren, der Ihnen vorliegende Doppelhaushalt steht einmal mehr ganz im Zeichen explodierender Sozialaufwendungen bei gleichzeitig massiv rückläufigen Schlüsselzuweisungen des Landes. Nach dem am 30. September 2015 endeten Referenzzeitraum für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen erhalten wir 2016 nur noch 17,2 Millionen Euro Schlüsselzuweisungen vom Land, ein Minus von aktuell 9,3 Millionen Euro. Die Schlüsselzuweisungen des Landes haben sich seit 2014 mit 33,3 Millionen Euro nahezu halbiert. Einnahmen die uns fehlen.

Das Land NRW mit Ministerpräsidentin Kraft, Innenminister Jäger und Finanzminister Walter-Borjans verkünden auch dieses Jahr wieder, dass das Land den Kommunen in NRW erneut eine Rekordsumme an Finanzmitteln zur Verfügung stellen wird. In Bezug auf die absolute Höhe der bereitgestellten Verbundmasse im Gemeindefinanzierungsgesetz ist diese Aussage richtig. Es sind jedoch keine Wohltaten des Landes, sondern der gesetzlich zustehende Anteil der Kommunen an der Verbundmasse. Außerdem ist der hiermit suggerierte Eindruck, die Kommunen werden für ihre Aufgabenerfüllung mit genügend Finanzmitteln ausgestattet, falsch.

Die Wahrheit ist: In keinem anderen Bundesland sind die Städte, Gemeinden und Kreise von der strukturellen Unterfinanzierung derart betroffen und die Verschuldung höher als in

NRW. Fast die Hälfte aller Kassenkredite deutscher Kommunen, denen keinerlei Werte oder Investitionen gegenüber stehen, entfällt auf Nordrhein-Westfalen.

Ihre Aufgaben und neue Herausforderungen zu bewältigen, das wird vielen Kommunen in NRW - die ohnehin schon schwer an der wachsenden Aufgaben- und Ausgabenlast ohne entsprechende Gegenfinanzierung tragen - jedoch durch den Kommunal-Soli zusätzlich erschwert. Voraussichtlich 7,3 Millionen Euro müssen unsere Städte nächstes Jahr zusätzlich durch die Zwangsabgabe an das Land abführen. Damit allein hätte das Haushaltsdefizit im Kreishaushalt rechnerisch gestopft werden können und eine Kreisumlagerhöhung entbehrlich gemacht. Wer den Kommunal-Soli verteidigt, weil unsere Städte das angeblich schultern können, kann sich schon heute aus der Debatte um die Kreisumlage verabschieden. Ich halte den Zwangs-Soli unverändert für rechtswidrig.

Ich weiß, dass große Teile der SPD und der Grünen diesen Punkt gerne unter den Teppich kehren würden, denn wer behauptet, die Städte und Gemeinden könnten die Kreisumlage nicht zahlen und gleichzeitig die ungerechte Zwangsabgabe des Landes in Millionenhöhe verteidigt, weil die Städte finanzstark seien, hat eben ein Glaubwürdigkeitsproblem.

Der Effekt, dass gut wirtschaftende Kommunen für ihre Sparbemühungen nachträglich vom Land bestraft werden, wurde mehrfach hier im Kreistag erörtert. Das eigentliche Problem der strukturellen Unterfinanzierung der NRW-Kommunen wird durch die beabsichtigte Umverteilungspolitik des Landes nicht gelöst.

Für den kreisangehörigen Raum bleibt es bei den zusätzlichen strukturellen Benachteiligungen, die das Gemeindefinanzierungsgesetz (GfG) des Landes beinhaltet:

- Anpassung des auf 23 Prozent abgesenkten Verbundsatzes
- Abschaffung der „Einwohnerveredelung“ bei den Großstädten;
- differenzierte fiktive Hebesätze;
- faire Gewichtung des Soziallastenansatzes, der zurzeit einseitig Großstädte bevorzugt.

Diese Forderungen werden vom Landkreistag und Städte- und Gemeindebund seit Jahren erhoben. Das Land ist auf diesem Ohr taub und betreibt die Umverteilung der Finanzmittel vom kreisangehörigen in den kreisfreien Raum ungebremst - auch mit Hilfe der hier anwesenden Kreistagsabgeordneten, die auch im Landtag sitzen - weiter. Viele Millionen Euro werden uns und unseren Städten und Gemeinden durch diesen ungerechten Finanzausgleich des Landes vorenthalten.

Es ist eine ungesunde Entwicklung festzustellen, dass sich die kommunalen Haushalte zunehmend zu „Sozialhaushalten“ entwickeln und dies zu Lasten von Investitionen geht, nicht nur in die Infrastruktur, sondern auch in die Bildung und andere wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge. Dabei wird der Nachholbedarf an Investitionen immer größer.

Die Sozialausgaben steigen doppelt so schnell wie die Ausgaben für kommunale Investitionen. Anders ausgedrückt: Dringende kommunale Investitionen werden aufgrund der rasant ansteigenden Sozialausgaben immer weiter verdrängt.

Ohne einen deutlichen Rückgang der Soziallasten werden die strukturellen Haushaltsdefizite, insbesondere der schon finanzschwachen, aber selbst der heute noch finanzstarken Kommunen nicht zu lösen sein. Sparsames und effizientes Verwaltungshandeln wird weiter unabdingbar sein, aber nicht ausreichen. Wenn es um zukunftsgerichtetes Handeln geht, werden wir auch in der Kreisgemeinschaft auf allen Ebenen noch stärker zusammenarbeiten müssen.

Nicht der Kreis - sondern die uns auferlegten Soziallasten - sind Schuld an der strukturellen Unterfinanzierung unserer kommunalen Gemeinschaft.

Meine Damen und Herren,

wir wollen nicht jammern und die Hände in den Schoß legen und nur auf andere warten. Wir wollen und werden weiter unsere Chancen nutzen und gestalten. Kreistag und Verwaltung stehen zu Ihrer Verantwortung, das Beste für den Rhein-Kreis Neuss und seine Bevölkerung zu tun. Und wir müssen und wollen die Herausforderung meistern, auch in schwierigen Zeiten einen ausgeglichenen Haushalt zum Wohle unserer Heimat aufzustellen.

Diese Heimat - unser Rhein-Kreis Neuss - steht im Wettbewerb der Städte und Regionen nach wie vor sehr gut da – von der Wirtschaftskraft bis zur Lebensqualität. In diesem Wettbewerb kann aber nur bestehen, wer etwas zu bieten hat. Gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zählen ebenso dazu wie Familienfreundlichkeit und ein attraktives Freizeitangebot. Unsere Heimat gehört zu den stärksten Wirtschafts- und Wachstumsregionen in Deutschland. Darauf können wir stolz sein.

Mein Dank gilt dafür vor allem den engagierten und erfolgreichen Unternehmen im Rhein-Kreis Neuss mit qualifizierten und leistungsbereiten Arbeitskräften. Aber auch unsere wirtschafts- und beschäftigungsfreundliche Politik in der Kreisgemeinschaft hat ihren Anteil am Erfolg.

Während die Arbeitslosigkeit allgemein zurückgegangen ist, stellen wir bei uns eine seit Jahren nahezu konstante Zahl von rund 15.000 Hartz IV-Bedarfsgemeinschaften mit rund 30.000 hilfsbedürftigen Menschen fest. Damit können wir aber - und das will ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen - nicht zufrieden sein. Wir dürfen keinen der von Hartz IV betroffenen Menschen aufgeben. Es gilt, alle Chancen zu nutzen und alle – Arbeitsagentur, Unternehmen, Gewerkschaften, Kommunen sowie freie Träger, aber auch die Betroffenen selbst – zu mobilisieren, um mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Beschäftigungsförderung ist immer die beste Sozialpolitik.

Dies umso mehr, weil durch die hohen Mieten bei uns die Kosten der Unterkunft (KdU) den Haushalt sprengen. Deshalb müssen wir alle bemüht sein, mehr preisgünstigen Wohnraum –

vielleicht sogar eine neue Wohnungsbaugesellschaft des Kreises – zu schaffen.

Sozialpolitik, meine Damen und Herren, darf sich nicht in der dauerhaften Abhängigkeit von staatlichen Leistungen erschöpfen, sondern muss auf die Überwindung der Ursachen ausgerichtet sein.

Wir werden uns deshalb weiterhin mit aller Kraft auf Bildung, Qualifizierung und Arbeitsplätze für die Menschen in unserem Kreis konzentrieren. Ein Baustein dazu sind unsere eigenen vier hervorragend ausgestatteten Berufsbildungszentren, für die wir allein seit 2009 gut 47 Millionen Euro für die Aus- und Fortbildung der jährlich rund 9.000 Schülerinnen und Schüler investiert haben - und auch in Zukunft weiter investieren werden.

Wir geben jungen Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss eine Perspektive, indem wir sie mit besonderen Angeboten für den Arbeitsmarkt fit machen. Wir gehen in unseren Berufsschulen und mit Initiativen wie „Zukunft durch Innovation“ den Fachkräftemangel von morgen an, insbesondere auch im naturwissenschaftlich-technischen Bereich.

Mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen von fast 77.000 Euro sind wir der wirtschaftsstärkste Kreis in NRW; nur übertroffen von den kreisfreien Städten Leverkusen, Bonn und Düsseldorf. Unsere Exportquote ist die höchste in der Region.

Gegen den Landestrend wird unsere Bevölkerung in den nächsten zwei Jahrzehnten erheblich wachsen: nach aktueller Prognose des Statistischen Landesamtes zufolge um satte 7 Prozent. Hier ist der mögliche Zuwachs durch Flüchtlinge noch nicht eingerechnet. Wir als Kreis müssen zusammen mit unseren Städten und Gemeinden hierfür gute Rahmenbedingungen und Strukturen hierfür. Das bedingt aber auch, dass wir eine Schwarze Null für die Kommunen bei der Bewältigung des Flüchtlingsstroms brauchen, denn das ist originär eine staatliche Aufgabe. Hierfür müssen Bund und Land Lösungen schaffen, die zu keiner Mehrbelastung der kommunalen Ebene führen dürfen.

Als Landrat trete ich - unterstützt durch die Mehrheit im Kreistag – auch für eine kluge Energiewende mit Augenmaß ein, die nicht einen Strukturbruch, unsere Versorgungssicherheit und unseren Wohlstand riskiert. Wir reden deshalb nicht nur vom Strukturwandel, sondern handeln bereits und nicht erst seit heute. So haben wir in den 1970iger Jahren den Strukturwandel in der heimischen Textilindustrie und den Wegfall von 3.700 Beschäftigten gemeistert. Wir arbeiten mit unseren Städten und Gemeinden zusammen an der Zukunft, beispielsweise in der Innovationsregion Rheinisches Revier.

Ich bin aber besorgt über die neuerlichen Störangriffe auf gefundene Regelungen, wie etwa die neuerlichen Äußerungen von Bundesumweltministerin Hendricks und anderen, 10 bis 15 Jahre früher aus der Braunkohleverstromung aussteigen zu wollen. Diese Pläne stehen im Widerspruch zum gerade mühsam errungenen nationalen Kohlekompromiss. Was wir - die Menschen und das Unternehmen - brauchen, ist Ruhe und Planungssicherheit im Revier, um den Strukturwandel schrittweise wirtschaftlich und sozialverträglich zu gestalten. Ich bin der

Ministerpräsidentin an dieser Stelle dankbar, dass sie sich ebenfalls deutlich gegen die Pläne der Bundesumweltministerin ausgesprochen hat.

Was das Klimaschutzabkommen angeht, muss erst genau geprüft werden, inwieweit auch der Kreis betroffen ist. Erfreulich ist meines Erachtens jedenfalls, dass nun wieder das „Weltklima“ insgesamt und nicht das Klima in einzelnen Regionen und Ländern isoliert betrachtet wird. So wird die Bindung von Treibhausgasen etwa durch Aufforstung auch in anderen Ländern wieder als Ausgleich erlaubt.

Wir setzen weiter auf einen guten Branchenmix und innovative Zukunftsbranchen. Beispielsweise haben mit der Initiative „Logistikregion Rheinland“ frühzeitig den Ausbau zur Logistikkreuzung vorangetrieben. Mit großem Erfolg: 500 Logistikunternehmen mit inzwischen 20.000 Beschäftigten sind heute bei uns tätig.

Auch die heimische Industrie sorgt weiterhin für Wohlstand bei uns und zählt dabei mit 25.000 Arbeitsplätzen zu den wichtigsten Standorten in NRW.

In unserem Rhein-Kreis Neuss werden außerdem kräftig Investitionen in die Zukunft getätigt: sei es in der Chemie-, Lebensmittel- oder Metallindustrie. Allein die Hydro-Werke in Neuss und Grevenbroich investieren aktuell 230 Millionen Euro (!) in innovative neue Produktionsstätten. Ein Vertrauensbeweis auch in unsere verlässliche Wirtschaftspolitik.

Die Fortführung unserer soliden Finanz- und Haushaltspolitik bleibt ein Kernbereich unserer Kreispolitik. Wir sind gemeinsam weiter vorangekommen auf dem Weg der Entschuldung und damit der Generationengerechtigkeit. Auf Schuldenberge, meine Damen und Herren, können keine Kinder spielen. Deshalb nochmals das Eingangszitat: „Unser Tun dient nicht nur der Stunde, dem Tag oder diesem Jahr. Wir haben die Pflicht, in Generationen zu denken.“

Meine Damen und Herren,

Dank unserer gemeinsamen Anstrengungen und unseres Gestaltungswillens, sehr geehrte Abgeordnete, waren wir bisher in der Lage, große Herausforderungen stets zu meistern. Wir haben auch unangenehme Wahrheiten ins Gesicht geblickt und die Probleme angepackt, damit es besser wird. Lassen Sie uns in diesem Sinne weiter unsere Fähigkeiten und Ideen engagiert und gemeinsam für unseren Rhein-Kreis Neuss einsetzen. Denn unsere Erfolge der letzten Jahre sind auch das Ergebnis weitsichtiger Kreistags-Beschlüsse.

Uns alle verbindet die Sorge um die Menschen in unseren Städten und Gemeinden, die keine Arbeit haben, die Verantwortung für junge Menschen, die keinen Schulabschluss oder keine Ausbildung haben; unsere Fürsorge für die zunehmende Zahl an Senioren und für die Menschen mit Behinderung.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle, meinen Dank allen auszusprechen, die an der Aufstellung des Haushaltsentwurfs beteiligt waren: Mitarbeitern, Amtsleitern, Dezernenten, Kreisdirektor und besonders der Kämmerei mit unserem Kämmerer, Herrn Ingolf Graul.



Ich gebe das Wort an Kreiskämmerer Ingolf Graul, der Ihnen weitere Details des Haushaltsentwurfs vorstellen wird und danke für Ihre Aufmerksamkeit.